

„Kenneth Roth: Menschenrechte für Juden in Israel sind unverzichtbar“

Kenneth Roth, Menschenrechtsanwalt, kritisiert die deutsche Nahostpolitik und fordert stärkere Menschenrechtsstandards für Israel.

Der Einfluss des Internationalen Gerichtshofs auf die deutsche Nahostpolitik

Der ehemalige Direktor von Human Rights Watch, Kenneth Roth, hat in einem Interview klare Kritik an der deutschen Nahostpolitik geübt. Roth, der auch jüdischer Abstammung ist, begrüßte das kürzlich veröffentlichte Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH), das von völkerrechtlichen Verstößen Israels gegen die Menschenrechte spricht. Diese Stellungnahme hat das Potenzial, den internationalen Druck auf Israel zu erhöhen und somit auch die Position Deutschlands in der Nahostpolitik zu beeinflussen.

Die Rolle Deutschlands in der Waffenlieferung

Ein zentrales Thema des Interviews war die Thematik der Waffenlieferungen Deutschlands an Israel. Roth stellte fest, dass es seit November des Vorjahres nur noch einen minimalen Waffenhandel gegeben habe, einen Rückgang, der nach Beginn des Konflikts in Gaza stattfand. Er stellte jedoch auch klar, dass Deutschland und andere Nationen, die Waffen liefern, zur Verantwortung gezogen werden könnten, wenn diese zur Unterstützung von Menschenrechtsverletzungen eingesetzt

werden.

Menschenrechte und die Staatsräson

Kenneth Roth warnte, dass selbst Juden im israelischen Staat nicht vor den Folgen einer Missachtung der Menschenrechte geschützt sind. Deutschland, so Roth, sollte sich für die Wahrung der Menschenrechte auch im Kontext des Konflikts zwischen Israel und Palästinensern stark machen. Eine Politik, die diskriminierenden Verhaltensweisen gegenüber Palästinensern nicht entgegenkommt, sei nicht nur moralisch fragwürdig, sondern auch gefährlich für alle Menschenrechte weltweit.

Die Bedeutung des Begriffs Apartheid

Ein weiteres zentrales Thema war die rechtliche Einordnung der Situation in den besetzten Gebieten, wobei Roth den Begriff Apartheid als zutreffend erachtete. Der IGH stellte in seinem Gutachten fest, dass es einen systematischen Verstoß gegen das Übereinkommen gegen Diskriminierung gibt. Roth erklärte, dass die Beschreibung der Situation in den besetzten Gebieten als Apartheid die nötige Rechtfertigung für mögliche internationale Maßnahmen gegen Israel darstellt.

Forderung nach einer differenzierten Haltung

Roth sprach sich für eine differenzierte Sichtweise aus, die verhindern soll, dass individuelle Israelis oder Juden bestraft werden. Stattdessen sollte der Fokus darauf liegen, wie Waffendeals und internationale Unterstützung zur Verletzung von Menschenrechten beitragen können. Er begrüßte die Bewegung in Deutschland, die sich klar gegen die fortwährenden Waffenlieferungen ausspreche, die zur Unterdrückung von Menschenrechtlern führen dürften.

Ausblick auf die Zukunft

Die Auswirkungen der Stellungnahme des IGH auf die internationale Politik stehen in einem zeitlichen Kontext, der die aktuellen Konflikte weiter belasten könnte. Roth empfahl eine umfassende Diskussion über die Verantwortung, die gesetzestreue Nationen nun haben, inklusive Deutschlands. Das Aufrechterhalten von Menschenrechtsstandards sollte eine zentrale Leitlinie der deutschen Außenpolitik sein.

Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Insgesamt unterstrich das Interview mit Kenneth Roth die Notwendigkeit einer kritischen und menschenrechtsorientierten Haltung Deutschlands gegenüber Israel. Als ein prominenter Menschenrechtsanwalt fordert er, dass Deutschlands Rolle in der Nahostpolitik die Realität der Menschenrechte anerkennt. Nur so können wirksame Schritte unternommen werden, um eine gerechtere und friedlichere Lösung im Nahen Osten zu fördern.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de